



Newsletter der Landtagsabgeordneten Dr. Esther Niewerth-Baumann MdL
Ausgabe 2/2019

Bericht aus Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

einer meiner sieben Neffen äußerte jüngst bei der Geburtstagsfeier meines Vaters, dass er Bundeskanzler werden wolle. Daraufhin sagte eine meiner acht Nichten, dass das nicht ginge, denn das sei ja ein Beruf für Frauen. Als mein Neffe das hörte, beschloss er stattdessen, Lokomotivführer zu werden.

Was sich hier bei den kleinsten Bürgern schon zeigt: Frauen bringen sich in der Politik aktiv ein und nehmen politische Ämter wahr. Das habe ich auch bei meiner zweiten Rede zum Parité-Gesetz erneut zum Ausdruck gebracht. Lesen Sie selbst...

Zwei Reden im Juni-Plenum: Justizvollzug und Parité-Gesetz

Am Nachmittag des 18. Juni ging es in meiner Rede zunächst um die Novelle des Justizvollzugsgesetzes. Justizvollzug dient der Resozialisierung der Täterinnen und Täter sowie dem Schutz der Allgemeinheit.

„Resozialisierung ist immer der beste Opferschutz!“

Wichtiges Anliegen für uns beim neuen Justizvollzugsgesetz war daher



*Erste Rede im Juni-Plenum: Neufassung des Justizvollzugsgesetzes.
Bild: NDR.*

die Reduzierung der Ausführungen von Sicherheitsverwahrten. Es hat sich gezeigt, dass Sicherheitsverwahrte eher die schnelle Entlassung anstreben, wenn Sie weniger Ausführungen bekommen. Daher war es richtig, die Anzahl der Ausführungen zu reduzieren. Dies haben andere Bundesländer bereits getan. Ferner stellen wir mit dem neuen Justizvollzugsgesetz die Fixierung von Gefangenen unter Richtervorbehalt und regeln den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Mit dem neuen Gesetz konnten wir den Justizvollzug ein Stück zukunftsfester machen.

„Keine Enquete-Kommission zum Parité-Gesetz!“

Auf der Tagesordnung des Plenums am 19. Juni stand erneut der Antrag der Grünen-Fraktion, der fordert, eine Enquete-Kommission im Landtag einzusetzen, um ein Paritäts-Gesetz zu erarbeiten. Begründet wird der Antrag mit dem derzeitigen Anteil der Frauen in den Parlamenten: Im niedersächsischen Landtag sind knapp 28 % der Abgeordneten Frauen. Man meint, hier müsse ein gesellschaftlicher Misstand behoben werden, denn laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland 42 Millionen Frauen und 41 Millionen Männer. Es wird argumentiert, dann müssten auch die Hälfte der Abgeordneten in den Parlamenten Frauen sein.



Zweite Rede im Juni-Plenum: Enquete-Kommission zur Parität. Bild: NDR.

Leider liegt der Frauenanteil in allen Parteien deutlich unter 50 %. Dies stellt eine wesentliche Ursache dafür dar, dass wir zu wenige Frauen im Parlament haben.

Es stellt sich also die Frage, ob eine Enquete-Kommission für dieses Anliegen die richtige Wahl ist. Was wäre hier das Ergebnis?

Nicht nur nach Auffassung der CDU-Fraktion, sondern auch nach herrschender Meinung in Literatur und Rechtsprechung, wäre jede Art von Paritätsgesetz verfassungsrechtlich höchst bedenklich, wenn nicht gar verfassungswidrig. Für ein Paritätsgesetz müsste man das Grundgesetz ändern, was wir als Landesparlament aber bekanntlich gar nicht können. Mit einem Parité-Gesetz würde massiv in die Wahlrechtsgrundsätze aus Artikel 38 GG und Artikel 8 der Landesverfassung eingegriffen werden sowie in wichtige Parteienrechte. Eine Erkenntnis haben wir also schon bereits jetzt: Ein Paritätsgesetz kann derzeit vom Niedersächsischen Landtag nicht verfassungskonform verabschiedet werden.

Wir sagen noch einmal: Natürlich sind wir dafür, darüber zu diskutieren, wie man den Frauenanteil in den Parteien vor Ort und in den Parlamenten erhöhen kann. Wir arbeiten an Lösungen, wie Beruf, Familie und politisches Engagement besser miteinander vereinbar gemacht werden können. Das sind ganz fundamentale Fragen, derer wir uns annehmen. Aber ein Parité-Gesetz und eine Enquete-Kommission sind hierfür nicht der richtige Weg.

Besuch der Ministerin: „Pensum der Staatsanwaltschaft hoch.“

Justizministerin Barbara Havliza hat nun alle Gerichtsbarkeiten in Oldenburg gesehen: Bei ihrem letzten Besuch am Montag, dem 24.06. waren wir zusammen zu Gast bei der



Besuch der Justizministerin Havliza in der Staatsanwaltschaft.

Bild: Hans Begerow/NWZ 25.06.2019.

Staatsanwaltschaft Oldenburg. Wir konnten erneut feststellen, dass die Staatsanwaltschaft sehr effizient arbeitet. Dies müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern besser vermitteln, denn nicht immer wird dies in der öffentlichen Darstellung klar. Oft sind Ermittlungsentscheidungen der Staatsanwaltschaft nicht für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nachvollziehbar, daher brauchen wir an dieser Stelle mehr Bürgernähe.

Ärmel hochkrempeln: Was liegt noch an?

Die **Fassadensanierung** an der Oldenburger Polizeiinspektion am Friedhofsweg hat hohe Priorität. In einem Schreiben an mich hat unser niedersächsischer Finanzminister Reinhold Hilbers dies bestätigt: „Ich teile Ihre Ansicht, dass [...] die sichere Benutzbarkeit und ein positives Erscheinungsbild geboten [sind] und versichere Ihnen, dass das staatliche Baumanagement Ems-Weser die Sanierung mit der gebotenen Priorität verfolgen wird“. Die Schäden an der Fassade der Polizeiinspektion Oldenburg seien bereits um den Jahreswechsel 2018/19 ersichtlich geworden. Erste Absperrungs- und Sicherungsmaßnahmen sind erfolgt. Der Minister hat mir zugesichert, dass für die Realisierung schnell Bauunterhaltungsmittel in Anspruch genommen werden, die im Haushalt bereits vorgesehen sind. Die Sanierung kann nicht schnell genug kommen, es geht um die Sicherheit der Gebäudenutzer.



Absperrmaßnahmen an der Polizeiinspektion am Friedhofsweg aufgrund der bröckelnden Fassade. Bild: Bloch / Wahlkreisbüro.

Die Personalversammlungen der **berufsbildenden Schulen** (BBSen) übten am 21. Juni in der NWZ Kritik an der Landesregierung. Die Anforderungen an den BBSen seien

massiv gestiegen, die Arbeitsbedingungen müssten dringend verbessert werden. Der aktuelle Fachkräftebedarf, sich verändernde berufliche Anforderungen und die weitere Umsetzung der Inklusion üben enormem Anpassungsdruck auf die berufsbildenden Schulen aus. Auf diese Entwicklungen wollten wir daher als Regierungsfractionen schnell reagieren. Hierzu wurde im Juni-Plenum des Landtages ein Antrag der CDU- und SPD-Fractionen angenommen, der die berufliche Bildung in Niedersachsen stärken und eine bessere Unterrichtsversorgung auf den Weg bringen soll. Der Antrag bittet die Landesregierung um einen Sofortmaßnahmenkatalog, der es den Schulen u. a. ermöglicht, zügig und flexibel auf aktuelle Stellenbedarfe zu reagieren. Außerdem soll geprüft werden, ob der Mitteleinsatz für die BBSen weiter erhöht werden kann. Wir lassen die BBSen nicht alleine und werden die Umsetzung des Antrages aufmerksam verfolgen.

Bei einem Besuch der **Generalstaatsanwaltschaft** im Juni zusammen mit den beiden Abgeordneten Thiemo Röhler MdL und Christian Calderone MdL konnten wir vielfältige Anliegen erörtern. Was wir beim Besuch feststellen konnten: Auch vor der Staatsanwaltschaft machen Personalprobleme nicht halt, beispielsweise fehlen hier viele Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Die Personalprobleme müssen wir schnell und nachhaltig beheben.



Besuch bei der Generalstaatsanwaltschaft in Oldenburg.
Bild: Wahlkreisbüro.



Die Tage werden wärmer, der Urlaub ist geplant, die Ferien können kommen.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Start in den Juli und erholsame Sommerferien mit Ihren Familien.

Sommerliche Grüße
Ihre Esther

Esther-Boonman